

13.03.2012 – PM 10/2012

Drohende Altersarmut

IG BAU drängt Regierung zum Handeln

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, sich der Altersarmut ernsthaft zu stellen. „In Deutschland gibt es schon jetzt zu viele Menschen, die nach einem harten Arbeitsleben nicht von ihrer Rente leben können“, kritisierte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel. „Es ist absehbar, dass sich das Problem verstärken wird, wenn die Politik nicht aktiv gesteuert.“

Die OECD hatte laut Medienberichten vom Dienstag (*für die Red. 13. März 2012*) festgestellt, dass in Deutschland immer mehr Menschen im Alter der soziale Abstieg droht. Grund sei der wachsende Anteil von Geringverdienern und mehr Menschen, die während ihres Arbeitslebens immer wieder arbeitslos waren. Ihnen stehen nach dem deutschen System oft nur Mini-Renten zu.

„Die Rente mit 67 verschärft das Problem“, stellte WieseHügel fest. „Viele hart arbeitende Beschäftigte schaffen es gesundheitlich nicht einmal, bis zur Rente mit 65. Sie können erst recht nicht bis 67 arbeiten. Ihnen droht die Spirale abwärts. Auf Arbeitslosigkeit folgt Hartz IV und wegen hoher Abschläge am Ende nur eine Rente, von der niemand leben kann.“ Deshalb fordert die IG BAU den Stopp der Rente mit 67 sowie Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

Gleichzeitig zeigt die OECD-Analyse, dass die seit langem von der IG BAU geforderte Umstellung des Rentensystems überfällig ist, um Altersarmut zu vermeiden. Zielführend ist ein solidarisches Modell, in dem alle einzahlen - vom Arbeiter über Selbstständige bis zum Beamten. „Wir dürfen die Menschen nicht im Stich lassen. Die Vorstellung, dass Rentner hierzulande beteln müssen, ist unerträglich“, sagte WieseHügel.

(1663 Zeichen)